



»Die Kommunen entlasten«

Tag der Bruderschaft bei den St.-Johannes-Schützen – André Kuper referiert über die Flüchtlingssituation

Von Uschi Mickley

Schloß Holte-Stukenbrock (WB) »Kein anderes Thema wird in Deutschland derzeit so kontrovers diskutiert wie die Flüchtlingskrise.« Das hat Brudermeister Ulrich Teipel am Samstag vor zahlreichen Schützenfamilien seiner Bruderschaft St. Johannes Stukenbrock gesagt.

Mit dem »Tag der Bruderschaft« pflegen die Schützen eine langjährige Tradition. Mehr als 80 Gäste, unter ihnen auch Vertreter aus Kirche und Politik, hatten sich bei Kaffee und Kuchen zu einem Gedankenaustausch versammelt. Zum nunmehr 34. Tag der Bruderschaft war der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion André Kuper in der Schützenhalle zu Gast und referierte über die aktuelle Situation von Flüchtlingen.

Kuper berichtete anhand eines Bildervortrags über eine Delegationsreise, die er im Juni nach Italien (Rom, Sizilien, Lampedusa) und Griechenland (Lesbos) unternommen hatte. Er habe selbst mit ansehen müssen, wie sich Bootsflüchtlinge bei ihrem verzweifelten Versuch an Land zu schwimmen, in letzter Not aus dem Wasser retten konnten. Die Bilder hätten ihn bis heute nicht losgelassen.

Der Landtagsabgeordnete lobte ausdrücklich Italiens gute Organisation bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Die Zustände des wirtschaftlich desolaten Griechenlands hingegen beschrieb Kuper als katastrophal. In Bezug auf die Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen, die nach seiner Ansicht zu bürokratisch ist, sparte er nicht mit Kritik an der Landesregierung.

In Nordrhein-Westfalen kommen Kuper zufolge derzeit pro Woche zwischen 13 000 und 17 000 Menschen an. Problematisch sei es, sagte Kuper, dass viele unregistrierte Menschen in Notunterkünften in NRW eintreffen.

Er forderte Nachbesserungen beim staatlichen System hinsichtlich der Erstaufnahme und Registrierung, um die Kommunen zu entlasten. »Menschen, die in akuten Notlagen zu uns kommen, müssen wir helfen«, hob der ehemalige Bürgermeister von Rietberg hervor.

Bei der Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive in ihre Heimatländer hingegen müsse die

Politik mit mehr Konsequenz vorgehen. Nur so sei es möglich, Flüchtlingen, die ein Anrecht auf Asyl haben, Schutz zu gewähren und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Als zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von Fluchtursachen, sei es unerlässlich, den Krieg in Syrien zu beenden.

Diesbezüglich sehe Kuper in erster Linie die Vereinigten Staaten und Russland in der Verantwortung. Darüber hinaus sei es wichtig, Unterstützung in Entwicklungsländern zu verstärken.